

EINSATZ VON MILITÄR IN DER DISKUSSION UM DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK?

- Betrachtung der Unruhen in Hangchou vor dem Hintergrund
der ganz China umfassenden ideologischen Kampagne -

Gunter Hartmann

Im August brachte die westliche Presse zahlreiche Meldungen über Unruhen in der Industriestadt Hangchou und unter den Bauern. Die Meldungen legten den Schluß nahe, daß eine ultralinke Eigentumspolitik die Oberhand gewonnen habe und militärische Auseinandersetzungen hierüber ausgebrochen wären. Eine genauere Analyse der Provinzmeldungen zu diesem Thema ergibt, daß innerhalb der Kampagne zum Studium der Diktatur des Proletariats eine zentrale Anweisung ergangen sein muß, welche die Behandlung der ideologischen ökonomischen Fragen regelt, und daß diese Anweisung auf allen Ebenen über die Partei realisiert wird. Die dabei entstehenden Konflikte betreffen weite Teile Chinas, werden aber - nach den Berichten - durch Diskussion erledigt. Die zentrale Politik versucht, die ultralinken Forderungen auf sofortige Abschaffung aller privaten und kollektiven Nebenerwerbstätigkeiten ebenso zu bekämpfen, wie sie versucht, die Auswucherungen einer dem Sozialismus nicht konformen, auf Gewinn für den Einzelnen oder das Kollektiv gerichteten Nebenerwerbstätigkeiten auf ein genau bestimmtes Maß einzuschränken. Im Verlauf der Diskussion werden zahlreiche Einzelheiten sichtbar, die vor allem deutlich machen, daß auch in dieser Kampagne der eigentliche Gegner die alten Probleme der sozialistischen und vorwiegend agrarischen Wirtschaft Chinas sind.

Die ideologische Grundlegung der Kampagne zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats zu Beginn des Jahres in drei Artikeln durch Chih Heng (1), Yao Wen-yüan (2) und Chang Chun-chiao (3) hat der jetzt auf Provinzebene laufenden Kampagne eine politische Wirksamkeit gegeben, die aus der Analyse dieser drei Artikel nicht unbedingt zu erwarten gewesen wäre (4).

Klar erkennbar sind jetzt die ökonomischen Grundlagen dieser Kampagne. Diskutiert werden heute vor allem die Probleme Bestellung privaten Landes, Nebenerwerbstätigkeit und Einkommensverteilung. Diese privaten Aktivitäten mit "privater Gewinnverteilung" sind der Inhalt des Schlüsselbegriffs "Bürgerliche Rechte", welcher zentraler Diskussionspunkt der Kampagne im theoretischen und im praktischen Bereich ist. Die Existenz dieser bürgerlichen Rechte wurde von Mao Tse-tung in den "Monatslosungen" für März und im Vorspann aus Mao-Zitaten zur Zitatensammlung "Marx, Engels und Lenin erörtern die Diktatur des Proletariats" (5) festgestellt. Der brillante Artikel von Yao Wen-yuan (6) erörterte aufgrund dieser Feststellungen dann die Ursachen der fortexistierenden bürgerlichen Rechte, nämlich die Kleinproduktion mit ihren innewohnenden kapitalistischen Tendenzen. Yao Wen-yuan wies aber zugleich darauf hin, daß in der gegenwärtigen sozialistischen Übergangsphase der Wirtschaft Chinas eine völlige Beseitigung der bürgerlichen Rechte noch nicht möglich sei, das Augenmerk sei jedoch darauf zu richten, daß diese Tendenzen sich nicht ausweiteten und keinen schädlichen Einfluß auf die Gesellschaft ausüben könnten.

Eine endgültige Entscheidung über das Schicksal der privaten

Wirtschaftsaktivitäten im bäuerlichen und im industriellen Bereich wurde also während der ideologischen Anfangsphase zu Beginn dieses Jahres von den Parteiideologen nicht getroffen. Beabsichtigt oder unbeabsichtigt bildeten sich daraufhin in den Kommunen und Betrieben Parteiungen, die entweder für die Aufrechterhaltung der privaten Aktivitäten oder aber für deren Abschaffung eintraten. Über den Verlauf dieser Auseinandersetzungen um die Reste der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mehrten sich seit Juli entsprechende Meldungen. Die Artikel, welche fast ausnahmslos über SWB bekannt geworden sind, enthalten in den meisten Fällen einen Hinweis auf die "important instructions issued by Chairman Mao and the Party Central Committee" oder "important instructions of Chairman Mao and the Party Centre". Dies deutet darauf hin, daß mittlerweile (etwa Mitte Juli) eine zentrale Anweisung (Chung-fa) bezüglich der Behandlung von Auseinandersetzungen um die bürgerlichen Rechte ergangen ist, die nun über die Parteikomitees der Provinzen bis in die Kommunen und Fabriken verbreitet und durchgeführt wird.

SWB enthält in seinen August-Heften zahlreiche Berichte über Sitzungen der ZK der Provinzen sowie über Faktionalismus, Kollektivierung und Nebenerwerbstätigkeit, die im Zusammenhang mit der obigen Darlegung nachfolgend untersucht werden.

Plenar- und Arbeitssitzungen der Provinz-ZK

Die sechs Konferenzen, über welche im Zusammenhang der "important instructions issued by Chairman Mao and the Party Central Committee" berichtet wird, lassen sich auf Mitte Juli bis Anfang August datieren (7). Die Konferenzberichte gehen nach

einem einheitlichen, jedoch nicht völlig identischen Schema vor. Spezielle Ausformungen zeigen sich besonders dann, wenn konkret auf die örtliche Situation eingegangen wird.

Einleitend wird stets quasi als ideologisches Markenzeichen auf die "series of important instructions issued by Chairman Mao and den CCP Central Committee" hingewiesen, wobei sich Ergänzungen finden, welche die "Wichtigen Instruktionen über die Frage der Theorie" (8) erwähnen oder etwa hinzufügen "and relevant central documents". Die Grundsatzartikel von Yao Wen-yüan und Chang Chun-chiao, beide jedoch nicht direkt erwähnt, und die Zitatensammlung dienen als Fundus für die ideologische Analyse der Lage, die dann als dritter Punkt - dazwischen werden noch die teilnehmenden Personen und die vertretenen Organisationen erwähnt - behandelt wird.

Läßt man eine so unergiebigere Lagebeurteilung wie "Erreichtes wurde bestätigt und Widersprüche wurden entlarvt" beiseite, wie sie der Bericht aus Chinghai enthält, so sind in allen übrigen Berichten konkrete Angaben über Fortschritte und Mängel zu finden. So soll in Kiangsi, nachdem bereits im Juni eine Arbeitskonferenz des Provinzkomitees abgehalten worden war, die industrielle Produktion im Juli bedeutend gestiegen sein, so der Ausstoß an Eisen und Stahl um 100 %. Dennoch, so wird kritisch festgehalten, war trotz dieser Veränderungen im Bereich von Produktion und Kommunikation der Fortschritt im Vergleich zu den Erwartungen des ZK der KPCh und zu den Bruderprovinzen nicht groß genug.

Wird in Kiangsi erst seit Juli ein Fortschritt sichtbar, so stieg in Yunnan die Produktion im Bereich Industrie und Kommunikation bereits kontinuierlich seit März (dem Beginn der Kampagne zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats). Dabei ist interessant das Eingeständnis: "Der Gesamtwert der industriellen Erzeugung für die ganze Provinz stieg im ersten Halbjahr gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres etwas an". Die Leistungen im Januar und Februar lagen also wesentlich niedriger.

Folgend dem analytischen Stichwort "however" wird dann darauf hingewiesen, daß es noch Probleme gibt, die erfaßt und gelöst werden müssen. Nähere Hinweise auf die Art der Probleme werden nicht gegeben.

Etwas deutlicher wird der Bericht über die Arbeitskonferenz des ZK über Viehzucht in Heilungkiang. Während die (privaten) Schweine im vergangenen Jahr um 4,9 % zunahmen, betrug der Zuwachs bei den kollektiven Mutterschweinen 49 %. (Mit den Ferkeln dieser Mutterschweine werden auch die Haushalte mit "Nachwuchs" versorgt.) Daneben wurde auch die kollektive Aufzucht von Schweinen bevorzugt verstärkt. Man will also die private Aufzucht von Schweinen nicht abschaffen oder behindern, sondern durch ergänzende kollektive Aufzucht die Versorgung des Marktes für solche Personen verbessern, die kein eigenes Schwein aufziehen können (etwa Industriearbeiter).

Die wahrscheinlich zu Beginn des August abgehaltene Arbeitskonferenz des ZK der Provinz Chekiang in Hangchou beschreibt die Lage in der Provinz als "gut, im Allgemeinen" und stellt die "bereits lange andauernden großen und schwierigen Probleme in der Vereinigten Fabrik für Seidedruck und Färbung" als gelöst hin. "Die Fabrik ist jetzt voll revolutionärer und produktiver Tätigkeiten". Erreicht wurde dieses Wunder (Zitat) durch Klassenkampf und Linienkampf und durch Befolgung

der korrekten Linie durch die Führungsgruppe der Fabrik.

Stärker als die übrigen Berichte betont Hangchou die unbedingte Führungsrolle der Partei auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Nur hier wird direkt der Begriff "Demokratischer Zentralismus" mit der Erläuterung "das Individuum ist der Organisation untergeordnet, die Minderheit ist der Mehrheit untergeordnet, die untere Ebene ist der höheren Ebene untergeordnet und die gesamte Partei ist dem ZK untergeordnet" erwähnt. Der Begriff des Demokratischen Zentralismus trägt in der Ausformung durch Mao Tse-tung durchaus dem Element "demokratisch" Rechnung, welches durch die Theorie von der Massenlinie vertreten wird. Man könnte Massenlinie als eine Art ideologischen feed backs zur Parteispitze von der Basis aus bezeichnen. Dieser Aspekt wird jedoch im Falle Hangchous unterschlagen, da hier der Versuch gemacht wurde, mehr feed back zu betreiben, als die Parteispitze zulassen konnte.

Die Ermahnung zur Unterordnung ist denn auch konkret gerichtet auf "Genossen, welche Fehler gemacht haben". Basis für die Kritik an diesen Genossen sind Maos Prinzipien "Von vergangenen Fehlern lernen, um zukünftige Fehler zu vermeiden, die Krankheit heilen, um den Patienten zu retten" und "Einheit, Kritik, Einheit". Man ist der Ansicht, daß die begangenen Fehler nicht zu unüberwindbaren Gegensätzen zwischen den Genossen und der Partei führen müssen und schlägt daher vor, "den ideologischen Kampf in der Partei korrekt und aktiv durchzuführen, die Fakten und Gründe freundlich zu unterbreiten, um so das zwiefältige Ziel zu erreichen, nämlich Objektivität und Klarheit in der Ideologie und Einheit unter den Genossen". Die ideologische Krankheit des Einzelnen ist jedoch nur dann zu heilen, wenn dieser bereit ist, seine Krankheit zuzugeben. Die Einbeziehung der Kritik an Liu Shao-ch'ü und Lin Piao in die Diktatur-Kampagne erlaubt es jedoch jedem Genossen, als Ursache seiner Verfehlungen die Verführung durch die revisionistische Linie dieser beiden Staatsfeinde zu sehen, somit die eigentliche Schuld von sich zu weisen und ohne endgültigen Gesichtsverlust in die Reihen der 95 % guter Genossen zurückzukehren. Um auch der Parteispitze in Hangchou - die ja nicht in der Lage war, die langandauernden, großen und schwierigen Probleme zu überwinden - eine Ehrenrettung zu ermöglichen, besuchten die an der Konferenz teilnehmenden Genossen nicht nur die Seidefärberei, sondern besprachen auch die als ideologischer Musterbetrieb geltende Hangchou Turbinenfabrik Nr. 3. Dieser Betrieb ist durch tiefgehende Schulung über die politische und ideologische Linie der Partei ein Musterbetrieb in der Nachfolge Tachings geworden und hat es sich zur Aufgabe gesetzt, eine "führende Gruppe aufzubauen".

Die Darstellung der Ereignisse in Hangchou soll hiermit unterbrochen werden, da an dieser Stelle nur der Inhalt der Berichte über die verschiedenen Kongresse von ZK der Provinzen herangezogen werden sollte. Diese Berichte schließen - mit Ausnahme von Hangchou - jeweils mit einer Resolution, in welcher erklärt wird, wie zukünftig die Probleme der Provinzen innerhalb der laufenden Kampagne angegangen werden sollen.

Die Anzahl der Resolutionspunkte schwankt zwischen 6 und 3. Die Formulierung der einzelnen Bereiche ist dabei durchweg sehr verschieden und auch die Schwerpunkte sowie die angeführten ideologischen Grundlagen sind nicht identisch, wenn sie sich auch nicht widersprechen. Quintessenz aller Resolutionen ist: Die Führung der Partei in allen Bereichen ist unbestritten, die führenden Organe in allen staatlichen und ökonomischen

Bereichen müssen gestärkt werden, d.h. es müssen in allen Betrieben und staatlichen Organen vorbildliche Führungsgruppen aufgebaut werden. Probleme in schwierigen Betrieben, die politisch oder ökonomisch längere Zeit keine Fortschritte gemacht haben, müssen gründlich und Punkt für Punkt gelöst werden. Das Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats muß verstärkt werden, um dem Faktionalismus entgegenzutreten.

Da den "führenden Gruppen" bei der Überwindung der augenblicklichen Probleme eine zentrale Rolle zugewiesen wird, ist es angebracht, die ausführlichste Darstellung dieser Organe aus Punkt 2 der Resolution von Chinghai zu zitieren:

"Der Aufbau aller führenden Gruppen muß verstärkt werden. Die Sitzung zeigte: Es ist von erstrangiger Wichtigkeit, den Aufbau führender Gruppen auf allen Ebenen zu verstärken. Die KPCh ist die Grundlage, welche alle Völker Chinas führt. Die Führung der Partei über die Bevölkerung des ganzen Landes muß durch die spezielle Führerschaft der Parteiorganisationen auf den verschiedenen Ebenen durchgeführt werden. Die Linie ist die Grundlage und die Führung ist der Schlüssel zur Durchführung der Linie. Ohne Stärkung der führenden Grundlage ist es nicht möglich, die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao standfest durchzuführen. Aus diesem Grund müssen wir machtvolle Führungsgruppen aufbauen, welche vor allem bereit sind, etwas zu wagen. Solche Gruppen sind Gefechtskommandos, die fähig sind, die Parteimitglieder und die Massen zu führen im großen Kampf zur Besiegung und zur Verhinderung des Revisionismus und zur Festigung der Diktatur des Proletariats" (9).

Zu den Aufgaben dieser führenden Gruppen äußert sich die Resolution von Kiangsi in Punkt 4:

"Die Parteipolitik muß weiterhin durchgeführt werden, dies hängt direkt mit der Frage zusammen, ob die 'wichtigen Instruktionen, herausgegeben vom Vorsitzenden Mao und dem ZK der Partei' durchgeführt werden. Parteiorgane auf allen Ebenen müssen diese Aufgabe gut, ernst, bewußt und mit beiden Beinen auf der Erde stehend anpacken. Alle Probleme sollten angemessen gelöst werden. Es ist notwendig, wirksame Maßnahmen zur besseren Durchführung der Politik der Partei sofort zu ergreifen. Es ist falsch, die Politik der Partei nur oberflächlich oder nur dem Namen nach und ohne konkrete Ergebnisse durchzuführen" (10).

ZUSAMMENFASSUNG

Untersucht man die Berichte über Sitzungen der provinziellen ZK der KPCh mit dem Ziel, etwas über den Inhalt einer vermuteten Anweisung der Parteizentrale (chung-fa) zu erfahren, so stößt man auf das Problem, daß die Berichte und die Resolutionen so unterschiedlich ausformuliert sind, daß konkrete Textgleichheiten nicht zu einer Rekonstruktion der zentralen Anweisung befähigen. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß hierdurch lediglich die praktische Durchführung der Thesen der Kampagne zum Studium der Diktatur des Proletariats stimuliert werden sollte, daß weiterhin die Anwendung auf konkrete ökonomische Schwierigkeiten, die sich aus den Resten der bürgerlichen Rechte ergeben, gefördert werden sollte, und daß schließlich die Konsolidierung der Partei auch auf unteren Ebenen verstärkt betrieben werden sollte.

Im Politischen ergibt sich das Bild einer Staatspartei, die versucht, ihre Mitglieder zu höchstem Einsatz für die Stärkung der

zentralen Gewalt zur Durchsetzung ökonomischer Ziele im letzten Jahr eines Fünfjahresplanes zu stimulieren. Dabei sollen vor allem ideologische Hindernisse für den vollen Einsatz aller beiseitegeschafft werden. Dies ist der Kampf gegen den bürgerlichen Faktionalismus. In keinem der Sitzungsberichte werden außer den ideologischen Problemen auch die ökonomischen Hintergründe dieser Probleme konkret bezeichnet. Wie konkret sind hierzu die Angaben in Nachrichten, die Bereiche unterhalb der Parteiebene betreffen?

Probleme der Landwirtschaft

Die innerhalb der Kampagne angesprochenen landwirtschaftlichen Probleme schließen die nicht-ideologischen Probleme agrartechnischer Art aus. Ursächlich für die ideologisch begründeten Probleme wird letztlich die Tendenz zu kapitalistischen Abweichungen bei all solchen Personen hervorgehoben, welche mit Kleinproduktion in Berührung kommen oder gekommen sind. Diese Beurteilung ist sanktioniert durch das von Mao selbst angeführte Leninzitat "Die Kleinproduktion bringt fortgesetzt, täglich und stündlich spontan und in großem Maße Kapitalismus und eine kapitalistische Klasse hervor" (11). Wörtlich heißt es hierzu in den Berichten:

"Wie können wir die Entstehung kapitalistischer Tendenzen bei einzelnen Armen und Niedrigen Mittelbauern verstehen? Lenin hat schon darauf hingewiesen, daß keine große Mauer zwischen den Arbeitern und der alten Gesellschaft bestand, und daß die Arbeiter noch immer viel Gedankengut der kapitalistischen Gesellschaft bewahrten. Wenn aber die Arbeiter viel traditionelles Gedankengut haben, so haben die Armen und Niedrigen Mittelbauern, das Halbproletariat der ländlichen Gebiete, noch mehr. Wenn wir mit dem Zugriff von Studium und Transformierung nachlassen, so müssen wir damit rechnen, daß die Armen und Niedrigen Mittelbauern mehr vom traditionellen Denken der alten Gesellschaft berührt werden ..." (12).

Und an anderer Stelle werden die kapitalistischen Tendenzen der Mittelbauern erläutert:

"Einige Bauern halten in unterschiedlichem Maße noch immer die der Kleinproduktion eigenen Charakteristika aufrecht. Insbesondere zeigen einige wohlhabende Bauern noch starke, spontane kapitalistische Tendenzen. Einige Menschen sind es gewohnt, immer den kapitalistischen Weg zu nehmen. Wenn es eine Gelegenheit gibt, dann wollen sie selbst reich werden. Landlords und reiche Bauern stärken ihnen immer den Rücken und unterstützen öffentlich oder verborgen ihre Opposition gegen die Ergreifung des sozialistischen Weges".

Aber auch die Parteikader bleiben nicht ungeschoren. Über ihre Einstellung zu den bürgerlichen Rechten wird berichtet:

"Obwohl die Führungskader über viele Jahre sich an der revolutionären Arbeit beteiligt haben, die vielen Prüfungen durch politische Bewegungen durchlaufen haben und von der Partei erzogen worden sind, und obwohl ihr Verstehen der marxistisch-leninistischen Theorie und ihr Bewußtsein vom Kampf der zwei Linien ständig erhöht worden ist, so haben doch einige etwas von der Ideologie der Kleinproduktion zurückbehalten. Das rührt daher, daß sie in der Mehrheit aus Familien der Kleinproduktion gekommen sind" (13).

Durch diese spontanen kapitalistischen Tendenzen ergeben sich in der Landwirtschaft Chinas folgende Probleme:

- a) Bestellung privaten Ackerlandes

- b) Nebenerwerbstätigkeiten
- c) Die Verteilung der Erzeugnisse.

Es finden sich Berichte über die Handhabung solcher Probleme in den von SWB aufgezeichneten Berichten von Provinzsendern vom August 1975, die nachfolgend kurz zusammengefaßt werden.

a) Bestellung privaten Ackerlandes

Durch Arbeitseinsatz von 650 Kadern in landwirtschaftlichen Basiseinheiten machten Mitglieder des ZK der KPCh der Präfektur Nanyang die Erfahrung, daß in einigen Einheiten die kapitalistischen Tendenzen so schwerwiegend sind, daß sie der gegenwärtigen Politik der Partei zuwiderlaufen und die bürgerlichen Rechte sogar erweiterten. Dabei wird angeführt:

“So haben z.B. einige Einheiten den staatlichen Aussaatplan sabotiert und sich mit freiem Anbau befaßt und hierdurch die kapitalistischen Tendenzen wachsen lassen.”

“Bestimmte Leute mit spontanen kapitalistischen Tendenzen befassen sich mit freiem Anbau und freiem Handel und mißachten die Interessen des Staates und des Kollektivs und verkaufen ihre Produkte zu hohen Preisen durch freien Handel. Ja sie spekulieren sogar. Durch bestimmte legale und illegale Methoden kommt eine kleine Zahl von Leuten zu immer mehr Geld und wird dadurch zu bürgerlichen Elementen und Parvenüs. Dadurch wird es in den ländlichen Gebieten zu einer Polarisierung kommen“ (14).

Das Porträt eines Bauern mit kapitalistischen Tendenzen zeichnet ein anderer Bericht:

“Im Produktionsteam Nr. 7 befand sich ein wohlhabender Mittelbauer, welcher nicht besonders begierig darauf war, an der kollektiven Produktion teilzunehmen. Er drängte sich sogar in das kollektive Ackerland ein, um einen Fischteich zu bauen und um Bäume anzupflanzen. Dagegen wehrten sich die Massen. Einige schlugen vor, eine Massenversammlung abzuhalten und ihn namentlich zu kritisieren und den Fall streng zu behandeln. Durch Untersuchung kam die Parteiabteilung zu dem Ergebnis, daß dieser Fall noch immer unter die Widersprüche im Volk gehöre, obwohl dieser wohlhabende Mittelbauer ernsthafte kapitalistische Tendenzen in sich berge. Man solle sich von dem Wunsch nach Einheit leiten lassen und ihn sozialistisch sowie geduldig und sorgfältig ideologisch erziehen. ... Folglich erhielt er eine tiefgreifende Erziehung. Seit dieser Zeit hat er sich aktiv an der kollektiven Produktion beteiligt und wurde von den Armen und Niedrigen Mittelbauern willkommen geheißen“ (15).

b) Nebenerwerbstätigkeit

Von den Nebenerwerbstätigkeiten werden innerhalb der Kampagne die private Aufzucht von Schweinen und das Einbringen sogenannter “kleiner Ernten” erwähnt. Letzteres bezieht sich auf das Sammeln wildwachsender Früchte und medizinischer Kräuter sowie auf die Nachlese bei Getreideernten. Hiervon wurde die Aufzucht von Schweinen bei der Darstellung der Politik der provinziellen ZK bereits kurz erwähnt (Provinz Heilungkiang). Auch in Anhui kommt man zu dem Ergebnis, daß sowohl die kollektive, als auch die private Aufzucht von Schweinen zu fördern sei. In einem Bericht über eine Sitzung über Schweineaufzucht des Revolutionskomitees der Provinz heißt es:

“Man muß notwendigerweise die irriige Vorstellung bekämpfen, man könne nur der privaten Aufzucht von Schweinen Aufmerksamkeit widmen und die kollektive Schweineproduktion ignorieren. Während wir aktiv die kollektive Schweineproduktion

vorantreiben, müssen wir auch die Kommunemitglieder zur Aufzucht ihrer eigenen Schweine ermuntern. Es ist notwendig, bewußt die verschiedenen (wirtschaftlichen?) Richtlinien der Partei durchzuführen. Solange die kollektive Produktion nicht beeinträchtigt wird, die kollektiven landwirtschaftlichen Produkte nicht geschädigt werden, der Dünger an das Kollektiv abgeführt wird und die Versorgung mit Schweinen erfüllt wird, sollte die Schweinezucht durch Kommunemitglieder in Form von Ferkeln, Futter, Seuchenschutz und durch den Bau von Schweinställen unterstützt werden. Und sie sollten ermutigt werden, mehr Schweine aufzuziehen und noch größere Beiträge zur Revolution zu leisten“ (16).

Das Revolutionskomitee der Provinz Heilungkiang kommt bei der Diskussion über die Nebenerwerbstätigkeit ebenfalls zu einer durch die in Hung-ch'i veröffentlichten Grundsatzartikel voll gedeckten Beurteilung. Der Bericht gibt einen detaillierten Einblick in die genaue Abgrenzung kollektiver und privater Nebenerwerbstätigkeit. Der entsprechende Absatz soll daher in Gänze zitiert werden.

“Das Treffen wies darauf hin: Die Beziehung zwischen der Einschränkung der bürgerlichen Rechte einerseits und der Durchführung der laufenden Politik bezüglich der Organisation der kleineren Ernten andererseits muß gut geregelt werden. ... Um die Produktion kleiner Ernten zu entwickeln, muß die Überlegenheit der kollektiven Wirtschaft der Volkskommunen voll ausgespielt werden, damit der Anteil der kollektiven Nebenerwerbstätigkeit an der gesamten Nebenerwerbstätigkeit wächst. Dadurch wird die kollektive Wirtschaft gefestigt und gestärkt. Wo sich große Mengen wilder Früchte mit relativ hohem wirtschaftlichen Wert finden, deren Einbringung einen relativ hohen Arbeitseinsatz erfordert, müssen die Arbeitskräfte aktiv zur kollektiven Einbringung organisiert werden. Wenn die kollektive Intensivernte vollendet ist, dürfen die Kommunemitglieder den Rest in persönlicher Anstrengung abernten. Einige Arten haben einen geringen ökonomischen Wert und dennoch eine lange Reifezeit. Hier muß die individuelle und die kollektive Ernte zugleich erlaubt sein, damit sie nicht ungeerntet verderben.”

Es wird außerdem darauf hingewiesen, daß die Einbringung der kleinen Ernten und ihre Weiterverarbeitung von den Handels-, Versorgungs- und Vermarktungsabteilungen beobachtet werden sollten, um dafür zu sorgen, daß die Ernten auch auf den Markt kommen und dem Staat zur Verfügung gestellt werden (17).

c) Die Verteilung der Erzeugnisse

In den Textstellen über die Bestellung privaten Ackerlandes und über die Nebenerwerbstätigkeiten spielt die Frage der Ernteaufteilung insofern eine Rolle, als in jedem Fall darauf gedrängt wird, daß durch diese nicht-kollektive Arbeit dennoch auch der allgemeine Markt mitversorgt werden sollte, der repräsentiert wird durch die staatlichen Handelsgesellschaften. Daneben gibt es den sogenannten freien Handel, welcher dem Erzeuger bessere Verdienstmöglichkeiten eröffnet und daher von den Erzeugern bevorzugt wird, soweit es staatlicherseits zulässig ist (18). Der freie Handel soll jedoch nur für solche Erzeugnisse zulässig sein, für welche durch die staatlichen Handelsgesellschaften kein Ankaufsinteresse besteht. Ein Teil der Erzeugnisse der Nebenerwerbstätigkeit kann dann noch der privaten Versorgung dienen.

Zentraler Punkt des landwirtschaftlichen “Verteilungskampfes” ist die Aufteilung der Getreideernte, für welche der Grundsatz

gilt: "Die Beziehungen zwischen dem Staat, dem Kollektiv und dem Einzelnen müssen korrekt geregelt werden", mit dem mahnenden Zusatz: "Verkauft mehr Getreide und verkauft es gut!" Da die Versorgung mit Getreide in China noch immer marginal ist, wie u.a. die jährlichen Getreidekäufe zeigen, besteht bei Getreideerzeugern ein natürliches Interesse daran, zunächst einmal die eigene Versorgung sicherzustellen. Es kommt dadurch zu einer lokalen Profitsolidarität gegenüber den staatlich-wirtschaftlichen Gesamtinteressen (19). Die Kritik an diesen lokalen Interessen äußert sich in der laufenden Kampagne:

"Das Gesamtbild der Getreideproduktion in Heilungkiang ist gut. ... Jedoch fehlt einigen Lokalitäten noch das richtige Verständnis für die Weizenernte, und sie haben es unterlassen, das Gesamtbild zu betrachten. Sie möchten mehr für sich selbst behalten, damit mehr in ihren Ortschaften verteilt werden kann und haben die Absicht, eine zu niedrige Produktionszahl anzugeben. Das ist falsch. Alle Parteiorganisationen müssen sich um eine sorgfältige Untersuchung und Überprüfung bemühen und mit einer vollständigen und zuverlässigen Schätzung der diesjährigen Getreideerträge herauskommen, welche die realen Verhältnisse wiedergibt." (20).

Diese Aufforderung nach Überwachung der Ernteergebnisse wurde an anderer Stelle bereits Genüge getan:

"Unmittelbar nachdem die neue Ernte eingebracht worden war, organisierte das Parteikomitee der Kommune drei Untersuchungsgruppen, welche Untersuchungen bei einigen der Brigaden und Produktionsteams durchführen sollten. Sie waren sich dabei des ernstesten Klassenkampfes über die Fragen des Getreides bewußt. Einige Klassenfeinde hatten erkannt, daß die Kader in ihrer Kontrolle über das Getreidemanagement nach dem guten Ernteergebnis nachgelassen hatten und ergriffen die Gelegenheit, dazu aufzustacheln 'weniger zurückzubehalten und mehr zu verteilen' und ins Getreidegeschäft einzusteigen. Bei einigen der Produktionsteams, welche das Getreidemanagement vernachlässigt hatten, kam es sogar zu Extravaganzen und Verschwendung, zu unkontrolliertem Leihen und Verteilen" (21).

Die Politik des "Zurückbehaltens" für den kollektiven Bedarf wird zumindest an einigen Stellen durch die örtlichen KP-Kader durch geringere Ernteeinschätzungen unterstützt. Diese lokalpatriotischen Empfindungen, die zunächst einmal die eigene Versorgung sicherstellen wollen, können nur dadurch überwunden werden, daß "der Klassenkampf über die Getreidefrage energisch angepackt wird, daß die kapitalistischen Tendenzen kritisiert werden, daß die Sabotage des Klassenfeindes energisch bekämpft wird und daß Sparen und Zurückbehalten von Getreide gefördert wird" (22).

Da der Anbau und die Verteilung des Getreides voll in die Kompetenz der staatlichen Handelsgesellschaften fällt, kann hier keine Nachgiebigkeit gegenüber den Versuchungen des "freien Handels" oder der Einbehaltung für die Eigenversorgung gezeigt werden. Die Verteilung dieses Grundnahrungsmittels auf die drei Bereiche Staat, Kollektiv und Individuum hat entsprechend den Planquoten zu erfolgen. Diese Politik wird durch konzentrierten Einsatz politisch in der laufenden Kampagne aktivierter Kader so weit als möglich durchgesetzt. Bürgerliche Rechte können auf diesem Markt nicht geduldet werden.

ZUSAMMENFASSUNG

Unterhalb der Ebene der Berichte über offizielle Sitzungen der

provinziellen ZK ermöglichen die Berichte der Provinzsender konkrete Erkenntnisse über eine ganze Reihe von Problemen der bürgerlichen Rechte im Bereich der Landwirtschaft. In keinem dieser Berichte wird die völlige Abschaffung dieser Reste kapitalistischen Verhaltens gefordert, wohl aber deren Unterordnung unter die Belange des Kollektivs. Die Politik der Partei gegenüber privatem Ackerland und Nebenerwerbstätigkeiten kann nochmals in einem zusammenfassenden Zitat erläutert werden:

"Die Aufgabe, die Einschränkung der bürgerlichen Rechte - welche in der sozialistischen Stufe unvermeidbar sind, unter der Diktatur des Proletariats jedoch eingeschränkt werden sollen - muß korrekt begriffen und durchgeführt werden. Im ländlichen Bereich sind bürgerliche Rechte auf viele Weisen verankert und verhältnismäßig kompliziert. Nur dann, wenn sie richtig verstanden und angegangen werden, kann die Produktion gefördert werden. So müssen zum Beispiel die privaten Ackergrundstücke der Kommunitglieder und die häuslichen Nebenerwerbstätigkeiten als Ergänzungen der kollektiven Produktion begriffen werden. Sie dürfen sich nur innerhalb bestimmter Grenzen entwickeln, so daß dadurch die kollektive Produktion nicht beeinträchtigt wird" (23).

Allgemein handelt es sich bei allen drei angesprochenen Problemen um solche, die schon in die Einrichtung der kollektiven Produktionsweise in China mit eingebaut waren. Ihre Behandlung war ein ständiges Thema der Diskussion um die Landwirtschaft. Innerhalb der Kampagne zum Studium der Diktatur des Proletariats ist bei der Behandlung dieser Fragen die Tendenz spürbar, linksradikale Lösungen, welche die totale und sofortige Abschaffung der bürgerlichen Rechte fordern, zurückzudrängen, ohne dadurch gleichzeitig ein Überborden in die andere Richtung zu provozieren. Die bürgerlichen Rechte in der Landwirtschaft sollen in ihren Auswüchsen beschnitten werden, ohne daß die gerade in diesem Bereich unumgängliche Eigeninitiative der Landbevölkerung gelähmt und die Produktion zum Stagnieren verurteilt wird.

Probleme der Industrie

Bei Betrachtung der Ausformung der Kampagne zum Studium der Diktatur des Proletariats im industriellen Sektor kommt man nicht an den sensationellen Berichten in der westlichen Presse über Unruhen, Streiks und militärische Aktionen in Hangchou vorbei. Die von Presseagenturen in Hong Kong übernommenen Informationen berichten von schweren Unruhen unter den Arbeitern in Hangchou, von Militäreinheiten, welche in das Krisengebiet entsandt wurden und Fabriken besetzten und vom Einsatz von Marine- und Luftwaffentruppen (24). Unter Berufung auf Radio- und Presseberichte beschreiben andere Berichte die Vorgänge in Hangchou noch genauer. So soll zunächst Wang Hung-wen und nach ihm Teng Hsiao-p'ing sich um die Beruhigung der Situation bemüht haben. In der Militär- und Parteihierarchie sollen Umsetzungen vorgenommen worden sein. 10 500 Soldaten seien in die Fabriken von Hangchou entsandt worden. 13 Fabriken seien besetzt worden (25). C.L.Sulzberger in der International Herald Tribune macht aus diesen Nachrichten einen klassischen Politthriller. Er schreibt:

"Es gibt neue Berichte über Schwierigkeiten in China. Arbeiter wurden offiziell kritisiert, weil sie höhere Löhne verlangt hatten und industrielle 'Schwierigkeiten' machten. Es gab sogar tätliche Auseinandersetzungen zwischen Milizeinheiten und Banden in Provinzhauptstädten. Im alten Hangchou waren die Unruhen so schwerwiegend, daß Wang Hung-wen, ein junger Aktivist und Nr.3

in der Parteihierarchie, beauftragt wurde, die Ordnung wieder herzustellen. Er scheiterte. Schließlich ging Teng Hsiao-p'ing, Generalstabschef und Stellvertretender Ministerpräsident, der mehr und mehr die Last Chou En-lais übernimmt, mit einer Infanteriebrigade aus Nanking nach Hangchou und beruhigte die Situation“.

Es folgen weitere Details in diesem Bericht über militärische Auseinandersetzungen zwischen Militär und Miliz in Hangchou, über die Entwaffnung der Miliz und über Sicherheitstruppen der Armee, die jetzt in Hangchou patrouillieren und die Züge, welche das Gebiet durchfahren, absichern (26).

Auf Rückfragen von Ausländern in Peking gab es keine übereinstimmende Stellungnahmen zu den Berichten über Hangchou. Gerd Ruge berichtet in der Welt:

“In Peking sind bisher keine Meldungen über die Vorgänge in Hangtschou veröffentlicht worden. Auf Anfrage wurde in Peking bestätigt, daß in Hangtschou Gegensätze zwischen politischen Fraktionen aufgetreten seien. Ohne die jüngsten Vorgänge zu beschreiben, werden solche Auseinandersetzungen als Folge einer örtlichen ungleichmäßigen politischen Entwicklung charakterisiert, wie sie in einem Land wie China nicht auszuschließen seien, zumal das politische Bewußtsein mancher Schichten noch kleinbürgerlich oder kleinbäuerlich beeinflußt sei. So gebe es gelegentlich aus den Jahren der Kulturrevolution noch unterschiedliche Kräfte in den lokalen Führungsgremien, unter anderem auch ultralinke Kräfte, die alle Kompromisse ablehnten und mit ihren Forderungen eigene Machtpositionen selbstsüchtig verteidigten (27).

Etwa einen Monat später als Ruge berichtet die japanische Presseagentur Kyodo über den Besuch des japanischen Politikers Kinkazu Saionji in China. Saionji erfuhr dabei vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Hsien-nien, daß die ausländischen Berichte über 'industrielle Konfusion' in Fabriken in Hangchou stark übertrieben seien.

“Er betonte, daß es ganz natürlich sei, daß es zu solch kleineren Zwischenfällen in den Produktionszentren zwischen chinesischen Arbeitern und Mitgliedern der chinesischen Befreiungskräfte komme, da diese versuchten, die Produktion so weit als möglich zu erhöhen“ (28).

Das Auffallende an dieser Erklärung Li Hsien-niens ist die Umkehrung der Reihenfolge. Während im Westen die regionalen Nachrichtensendungen so gedeutet wurden, daß die Schwierigkeiten zuerst vorhanden waren und die Armee dann zur Aufrechterhaltung der Produktion eingesetzt wurde (oder gar zur Besetzung der Fabriken), sollen nach Li Hsien-nien die Unruhen dadurch entstanden sein, daß die PLA-Soldaten die Produktion schneller vorantreiben wollten, als den chinesischen Arbeitern lieb war.

Die Lektüre der regionalen Nachrichten ermöglicht die Festlegung der zeitlichen Abläufe. Einige der ökonomischen Probleme und ihre ideologische Behandlung können erkannt werden, und die speziellen Ereignisse in Hangchou können so in einen weiteren Rahmen gestellt werden. Andere Fragen müssen offen bleiben, wie z.B. die nach dem Ausmaß militärischer Auseinandersetzungen oder die über die Entsendung von Wang Hungwen oder Teng Hsiao-p'ing. Hierüber finden sich keine chinesischen Nachrichten.

Wie bereits in dem Bericht über die Arbeitskonferenz des Provinz-ZK in Chekiang festgehalten wurde, handelte es sich bei

den Schwierigkeiten in der meistzitierten Fabrik, der Fabrik für Seidedruck und Färbung, um "bereits lange andauernde, große und schwierige Probleme". Die ökonomischen Probleme liegen also vor dem Einsatz der VBA in den Betrieben. Am 22. Juli versammelten sich die hauptamtlichen Kader der Provinz Chekiang in Hangchou nach Einberufung durch das Provinz-ZK, um Informationen über die "wichtigen Anweisungen, herausgegeben vom Vorsitzenden Mao und dem ZK der Partei" zu erhalten. Dieser Anweisung waren "wichtige Anweisungen über die Arbeit der Provinz Chekiang vom Vorsitzenden Mao und dem ZK der Partei" hinzugefügt. Hinweise auf die Existenz besonderer, provinztbezogener Anweisungen, welche den allgemeinen "wichtigen Anweisungen" hinzugefügt waren, gibt es auch für andere Provinzen. An dieser Chekiang-spezifischen Anweisung werden betont der Aufbau der Partei in Übereinstimmung mit Maos Linie, das Studium der Parteiverfassung, die Kritik an den Revisionisten Liu Shao-ch'i und Lin Piao sowie ihrer Verbrechen der Parteisplaltung. Kritik am bürgerlichen Faktionismus sowie die Stärkung des Parteikonzepts der proletarischen und revolutionären Einheit werden gefordert (29). Noch konkreter wird auf eine Spaltung der Arbeiterschaft in zwei Fraktionen durch das Mao-Zitat: "Es gibt keine grundlegende Interessenkonflikte innerhalb der Arbeiterklasse. Unter der Diktatur des Proletariats gibt es keinerlei Grund für die Arbeiterklasse, sich in zwei große, unversöhnliche Organisationen aufzuspalten" hingewiesen (30). Es ist anzunehmen, daß es sich hierbei um eine ultralinke Gruppierung und um eine eher rechte Gruppierung handelt. Aus den Texten ist jedoch nicht auf die konkrete Ausformung, etwa in Miliz und Armee, zu schließen.

Der Einsatz des Militärs begann am 19.7., als sich eine in Hangchou stationierte Armeeeinheit nach vorhergehender ideologischer Unterweisung entschloß, mit allen 6000 Mann in Betriebe in Hangchou zu gehen, um die Produktion zu unterstützen (31). Eine weitere Einheit der VBA beschloß am 22.7., mit 4 500 Mann in die Betriebe zu gehen (32). Dies sind die 10 500 Mann, die laut Presseberichten aus Hong Kong zur Besetzung der Betriebe herangezogen wurden. Die Luftwaffeneinheiten wurden dann am 28. Juli auf derselben Basis wie die übrigen VBA-Einheiten eingesetzt. Sie waren ebenfalls in Hangchou stationiert (33). Die historische Grundlage dieses Einsatzes der Armee in der Produktion ist die "ruhmreiche Tradition der VBA, sowohl eine Arbeitstruppe und ein Produktionskorps als auch eine Kampftruppe" zu sein, wie das bereits in Yenan praktiziert worden war. Zugleich wird auf entsprechende Kampagnen während der Kulturrevolution und in der Kampagne zur Kritik an Liu Shao-ch'i und Lin Piao hingewiesen.

Aktuelle politische Basis für das Vorgehen der VBA sind die "wichtigen Anweisungen des Vorsitzenden Mao und der Parteizentrale", in welchen auch ein Aufruf zur Einheit der Armee mit der Regierung und der Armee mit der Bevölkerung enthalten ist (34). Der Einsatz der Armee hat also verschiedene Begründungen. Schließt man daraus, daß er auch unterschiedliche Ziele hat, so ergibt sich folgendes Bild: Das historische Beispiel Yenan weist auf eine Schulung der Armee, welche in Zeiten ohne militärische Aufgabe zur Selbstversorgung herangezogen wird und zur Hilfe für die Bevölkerung, sei es in der Landwirtschaft oder der Industrie. Beispiele hierfür sind in diesem Sommer nicht auf Hangchou begrenzt, sondern finden sich zahlreich über das ganze Land verstreut. Gleichzeitig war dieser Arbeitseinsatz der Armee immer auch eine Möglichkeit für die Propagierung der Politik, wie

diese auch jetzt in den Texten immer wieder erwähnt wird. In den Arbeitspausen werden ideologische Schulungen durchgeführt. Die Armee erscheint hier wieder als Konkurrent der Partei in der Durchführung einer zentralgeführten Kampagne. Der Hinweis auf die Kulturrevolution, als die Armee auch zur Aufrechterhaltung der Produktion eingesetzt werden mußte, verdeutlicht, daß die Auseinandersetzungen in Hangchou das Ausmaß kulturrevolutionärer Faktionsbildungen erreicht hatten. Der Armee-Einsatz diente neben der Schulung der Armee auch der Disziplinierung der Arbeiterschaft.

Bei den Berichten über die konkreten Aktivitäten der Militärs wird jedoch lediglich der aufopfernde Arbeitseinsatz geschildert. Hier kommen vor allem in Frage der Einsatz an überhitzten Arbeitsplätzen in Gießereien, der Transport schwerer Güter ohne ausreichende Ausrüstung und die freiwillige Erledigung schmutziger Arbeiten z.B. in Kantinen. Die Aktivitäten der vorbildlichen Parteikader, die bereits vor Einsatz der Militärs als Aktivisten eingesetzt wurden, zeigen eine andere Struktur. Sie zeichnen sich aus durch Verzicht auf Urlaub und freie Tage. In der gewonnenen Zeit werden dann besonders schwierige manuelle Arbeiten durchgeführt oder längst fällige Reparaturen erledigt. Dieser andersartige Aktivismus der Parteikader ist durch ihre bessere Kenntnis der Verhältnisse bedingt. Auf die Anleitung der Armeesoldaten durch die sachkundigen Arbeiter wird dementsprechend ebenfalls hingewiesen.

Auch das Personal aus den Dienstleistungszweigen wird herangezogen, um die Arbeiter wieder zu höheren Leistungen anzuspornen. Es wird berichtet von Säuglingsstationen, die sich besonders bemühten, um den Müttern die Gewißheit zu geben, daß sie ruhig weiterarbeiten können, von Kantinen, welche das Menü abwechslungsreicher gestalteten und von Busfahrern, die nach der letzten Tour freiwillig nochmals eine Runde für die Arbeiter der Spätschicht fahren. Die Umweltbedingungen scheinen eine besondere Rolle zu spielen im Versuch, die Arbeiter bei Laune zu halten. Mehrfach wird auf das besonders heiße Wetter hingewiesen (möglicherweise auch die Bereitstellung eines Alibis, welches ähnliche Funktionen wie der Prügelknabe Lin Piao übernehmen kann). Neben den Bedingungen des Arbeitsplatzes wird jedoch auch die Familie der Arbeiter ideologisch behandelt, wenn etwa die führenden Parteikader einer Werkshalle Familienbesuche machen, um die Familienangehörigen, die nicht im Arbeitseinsatz sind, davon zu überzeugen, daß sie zu Hause mehr leisten müßten, um die Arbeiter von häuslichen Aufgaben zu entlasten (35).

Das Arbeitseinkommen wird in den Hangchou-Berichten lediglich einmal indirekt angesprochen, dies bedeutet nicht, daß diese Frage nebensächlich war! Die als Musterbetrieb für die Überwindung langanhaltender Schwierigkeiten angeführte Gießerei für Getriebegehäuse in Hangchou berichtet darüber, daß es gelungen sei, zahlreiche Mitarbeiter davon zu überzeugen, daß man freiwillige Arbeit leisten müsse, um Produktionsprobleme ohne Rücksicht auf Zeit oder Extravergütungen zu überwinden. Die Jungarbeiter müßten vor der Korruption durch bürgerliche materielle Versuchungen durch das Beispiel der älteren Arbeiter bewahrt werden (36).

Die Diskussion außerhalb der Berichte von Hangchou wird etwas konkreter geführt. Es wird dabei deutlich, daß es sich nicht nur um Fragen der generellen Einkommenserhöhung handelt, sondern noch immer um die Frage des Entlohnungssystems, ob

nämlich die Entlohnung ausschließlich nach der Leistung erfolgen soll, oder ob bei der Berechnung der Arbeitsleistung auch noch individuelle, modifizierende Faktoren einfließen sollen, wie etwa politische Haltung und körperliche Voraussetzungen. Dabei wird die Abschaffung der individuellen Differenzierung als Aufgabe des Prinzips "Politik an erster Stelle" angesehen und die Durchführung der reinen Entlohnung nach Leistung als eine Erweiterung der bürgerlichen Rechte. Letzteres würde eine Rückkehr zu den Praktiken der alten kapitalistischen Gesellschaft bedeuten, während die individuelle Differenzierung kommunistische Elemente beinhalte, die zu erhalten seien.

"Menschen, welche die Differenzierung abschaffen wollen, haben die Dinge auf den Kopf gestellt. Anstatt die Politik an erste Stelle zu setzen (d.h. anstatt die politische Notwendigkeit einer Arbeit für das Ganze zu untersuchen), reden sie zuerst über die Entlohnung und dann über die Produktion. Dies geht gegen die sozialistischen Prinzipien" (37).

Der zitierte Bericht enthält auch ein Beispiel:

"In einer Fabrikhalle, in welcher schwere körperliche Arbeit anlag, wurde nicht ideologische Arbeit durchgeführt, sondern man beabsichtigte, Zuschläge für diese Arbeiten zu bezahlen. Hierüber brach eine Auseinandersetzung beim Treffen des Parteikomitees aus. Einige waren der Ansicht, daß nichts Schreckliches oder Furchtbares an ein wenig Geld dran sei und dadurch schon nicht der Kapitalismus ausbrechen werde. Andere, die anderer Ansicht waren, erklärten: 'Dies ist eine wichtige Frage. Es ist die Hauptfrage, wohin man die Massen führen will und wozu man die Arbeiter anregen soll!' Sie erinnerten sich an die materiellen Anreize, die unter dem Einfluß Liu Shao-ch'is vor der Kulturrevolution bezahlt worden waren und wie hierdurch die Mentalität der bürgerlichen Rechte die Arbeiter korrumpieren konnte. Als Ergebnis der Diskussion einigten sich die Teilnehmer im Grundlegenden".

Aus Hopei stammt ein Bericht, welcher eine Klärung der Nebenerwerbstätigkeit im industriellen Bereich bringt, wenn er auch auf die industrielle Erzeugung in einer Volkskommune bezogen ist. Es wird erläutert:

"Die Kader und Kommunemitglieder der Produktionsbrigade von Niulantao zu produzieren seit 1971 Transformatorenschalter als Nebenerwerb. Seit Anfang bestanden zwei unterschiedliche Ansichten über die Aufnahme einer derartigen Nebentätigkeit. Die einen waren der Ansicht, daß die Herstellung dieses Nebenprodukts und seine Vermarktung nicht im Staatsplan enthalten und die ganze Sache daher von der politischen Linie aus fragwürdig sei. Man solle daher so rasch wie möglich mit der ganzen Sache aufhören. Andere waren der Ansicht, daß jeder so lange tun könnte, was er wollte, so lange es im Sinne des Kollektivs sei. Da die profitable Nebentätigkeit eine Menge Geld für die Unterstützung der Landwirtschaft gebracht habe, sollte es keine Probleme in Bezug auf die politische Linie geben. Auf jeden Fall sollte man diese ergiebige Einkommensquelle nicht aufgeben".

Von der Partei wurde dann in die Diskussion geworfen, daß man ja nicht generell gegen Nebenerwerb eingestellt sei, so lange dies im Staatsplan enthalten sei. Dann müsse er sogar noch gefördert werden. Für die Transformatorenschalter habe man jedoch weit und breit nach Abnehmern gesucht und die benötigten Materialien selbst hergestellt. Dies beeinflusse natürlich den Staatsplan, und man müsse sich überlegen, ob ein solches Verhalten kapitalistisch oder sozialistisch sei. Man habe sich bei dieser Produktion nicht nach dem Staatsplan gerichtet, sondern nach den

Gesetzen des Marktwertes. Wenn man so weitermache, käme man schließlich zu einem kapitalistischen freien Unternehmen. Die entscheidende Frage aber sei, ob das, was man hier betreibt, kapitalistisch oder sozialistisch sei.

Am Ende der Diskussion wurde beschlossen, keine neuen Kontrakte über Schalter abzuschließen und alle noch laufenden Verträge so schnell wie möglich zu erfüllen. Die Brigade solle sich mit Fabriken zusammenschließen und für diese Produkte weiterverarbeiten. Nebenerwerbstätigkeiten wie Schweinezucht sollten gefördert werden. Die jetzt bestehenden technischen Einrichtungen (für die Herstellung der Schalter) sollten für Reparaturarbeiten für Landwirtschaftsmaschinen und Werkzeuge ausgenutzt werden (38). Die Entscheidung dieser Kommunebrigade wird nun in China als mustergültig propagiert.

ZUSAMMENFASSUNG

Gerade in dem Bereich, welcher aufgrund der Nachrichtenkonzentration das besondere Interesse des Auslandes erweckt hat, nämlich die Fabriken in Hangzhou, ist die Berichterstattung zwar sehr umfangreich, jedoch konkrete Nachrichten über die ökonomischen Grundlagen der Auseinandersetzung sind sehr spärlich. Ordnet man die Ereignisse in das umfangreiche Netz von Bezügen ein, das sich über das ganze Land erstreckt, so erscheinen die westlichen Darstellungen als zu sensationell. Es ist zu berücksichtigen, daß der Einsatz von Truppen in der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion allgemeines Merkmal der laufenden Kampagne ist. Probleme der Abgrenzung kapitalistischer Tendenzen finden sich auch in anderen geographischen Bereichen und umfassen sowohl Fragen der

Einkommenshöhe als auch der Art der Einkommensbeschaffung.

Die politische Linie bei Regelung dieser Fragen zielt darauf ab, durch Kompromisse und Überzeugung die Fronten anzunähern. Dabei spielen auch hier die höheren Parteikader in den einzelnen Bereichen eine Schlüsselfunktion, da auch sie sich erst darüber einig werden müssen, wie man die politische Linie aus Peking durchführen soll. Die Klärung der ideologischen Fragen führt dann generell zu dem Ergebnis, daß Nebenerwerbstätigkeit soweit zugelassen werden kann, als sie in den Staatsplan zu integrieren ist, daß die Entlohnung nach der gemischten Berechnung von Arbeitsleistung und ideologischer Einstellung zu erfolgen habe und daß schwierige Aufgaben nicht durch finanzielle Zulagen, sondern durch ideologische Überzeugung vom revolutionären Sinn der Aufgabe für das Ganze gelöst werden müssen.

Diese Berücksichtigung übergeordneter Wirtschaftsinteressen kann nur durch Änderung der ideologischen Grundeinstellung der Parteimitglieder im Sinne der Kampagne zum Studium der Diktatur des Proletariats erreicht werden, da sie den direkten ökonomischen Interessen der Beteiligten nicht gemäß ist. Daher in allen Artikeln der Nachdruck auf die ideologische Erziehung der Parteimitglieder und auf das "Hinuntergehen" der solchermassen erzogenen Kader. Dieses "Hinuntergehen", d.h. der Arbeitseinsatz auf niedriger Ebene, hat, wie die Texte ebenfalls zeigen, die Doppelfunktion der Vermittlung der Politik der Partei an die Bevölkerung und der gleichzeitigen Information der Partei über die Einstellungen und Handlungsweisen der Bevölkerung. Zugespielt könnte man behaupten, der Arbeitseinsatz von Kadern bewirke zugleich Propaganda und Kontrolle.

- 1) Die Theorie der Diktatur des Proletariats gewissenhaft studieren, HCh 75/2, PRu 75/7
- 2) Über die gesellschaftliche Basis der parteifeindlichen Clique um Lin Piao, HCh 75/3, PRu 75/11
- 3) Zur allseitigen Diktatur über die Bourgeoisie, HCh 75/4, PRu 75/14
- 4) vgl. Helmut Martin, "Ideologische Differenzen nach dem Volkskongreß: Diktatur des Proletariats über 'neuaufgekommene geringere Elemente' gefordert", in C.a.1975, März und Oskar Weggel, "Die neue Kampagne 'Zur Festigung der Diktatur des Proletariats'" in C.a. 1976, April
- 5) HCh, 1975, März, S.1-5
- 6) vgl. Anm. 2
- 7) Im Bericht datiert sind:
 - a) Enlarged seventh plenum of the Fifth Chinghai Provincial CCP Committee, und zwar auf 15.-30. Juli (SWB, 5.8.75, B II/28);
 - b) Work conference of the Anhui Provincial CCP Committee, und zwar auf 17.-24. Juli (SWB, 15.8.75, B II/28);
 - Die vier anderen Konferenzen werden mit "recently" in der Übersetzung des Textes datiert. Dies sind folgende Konferenzen:
 - c) Work conference of the Chekiang Provincial CCP Committee, Chekiang provincial service, 10.8.75 (SWB, 14.8.75, B II/1);
 - d) Industrial conference sponsored by the Kiangsi Provincial Committee, Kiangsi provincial service, 7.8.75 (SWB, 19.8.75, B II/8);
 - e) Conference on industry and communications of the Yunnan Provincial CCP Committee, Yunnan provincial service, 5.8.75 (SWB, 19.8.75 B II/11);
 - f) Work conference on livestock breeding of the Heilungkiang Provincial CCP and Revolutionary Committees, Heilungkiang provincial service 16.8.75 (SWB, 28.8.75 B II/11)
- 8) HCh 1975 März, S.3-5, enthält die grundlegenden Mao-Zitate für die Kampagne zum Studium der Diktatur des Proletariats. Vorgeordnet der Zitatensammlung "Marx, Engels und Lenin erörtern die Diktatur des Proletariats."
 - 9) vgl. Anm. 7a)
 - 10) vgl. Anm. 7d)
 - 11) HCh 1975, März, Marx, Engels und Lenin erörtern die Diktatur des Proletariats, S.4
 - 12) Shensi brigade examines transformation of small production, Shensi provincial report, 18.8.75, (SWB, 28.8.75, B II/8)
 - 13) Honan prefectures rural problems discussed, Chengchou, Honan provincial service, 15.8.75 (SWB, 22.8.75 B II/21)
 - 14) vgl. Anm. 13
 - 15) Hupeh brigade transforms small production, Wuhan, Hupeh provincial service, 9.8.75 (SWB, 26.8.75, B II/3)
 - 16) Anhwei revolutionary committee meeting on pig-raising, Hofei Anhwei provincial service, 11.8.75, (SWB, 22.8.75, B II/8)
 - 17) Heilungkiang meeting on crops and procurement, Harbin, Heilungkiang provincial service, 7.8.75 (SWB 27.8.75, W 841/A/5)
 - 18) zum System des Handels in der Landwirtschaft sowie zur differenzierten Behandlung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse durch die Handelsgesellschaften vgl. Rüdiger Machetzki: Handel im ländlichen China, C.a. 1975, März, S.126-132
 - 19) s.o.
 - 20) vgl. Anm. 17
 - 21) Hupeh commune improves grain management, Wuhan, Hupeh provincial service, 10.8.75 (SWB 26.8.75 B II/3)
 - 22) s.o.
 - 23) Kirin article discusses 'Bourgeois Rights' on communes, Changchun, Kirin provincial service, 1.8.75 (SWB, 15.8.75, B II/23)
 - 24) Welt, 14.8.75
 - 25) NZZ, 6.8.75, Übernahme von AfP, Hong Kong
 - 26) IHT, 11.8.75
 - 27) Welt, 8.8.75
 - 28) Kyodo in Englisch, 3.9.75, nach SWB, 5.9.75
 - 29) Tan Chi-lung conveys Mao's instructions on work of Chekiang province, Hangzhou, Chekiang provincial service, 23.7.75 (SWB 29.7.75, B II/1)
 - 30) Production problems in Hangchow factories: PLA's help, Hangchow, Chekiang provincial service, 'SWB, 29.7.75, B II/4)
 - 31) s.o.
 - 32) Chekiang PLA men participate in production work, Hangzhou, Chekiang provincial service, 25.7.75 (SWB, 29.7.75, B II/5)
 - 33) Chekiang air force units sent to Hangchow factories, Hangchow, Chekiang provincial service, 8.8.75 (SWB, 12.8.75, B II/4)
 - 34) vgl. u.a. Chekiang air force units sent to Hangchow factories, cf., Anm. 33
 - 35) Hangchow workshop studies central instructions, Hangchow, Chekiang provincial service, 21.8.75 (SWB, 29.8.75, B II/2)
 - 36) Hangchow gearbox factory overcomes erroneous trends, NCNA in chinese, 14.8.75 (SWB, 22.8.75, B II/1)
 - 37) Shensi factory discusses "distribution according to work", Sian, Shensi provincial service, 5.8.75 (SWB, 26.8.75, B II/8)
 - 38) Hopeh brigade holds erroneous sideline production, Shichiauchuang, Hopeh provincial service, 18.8.75 (SWB, 23.8.75, B II/10)